

An den Presse-Verteiler

Fraktionsvorsitzender:
Christoph Bratmann

Öffentlichkeitsarbeit:
Tonia Trappe

Fon: 0531 – 470 21 11
Fax: 0531 – 470 29 74

Mail: spd.fraktion@braunschweig.de

PRESSEMITTEILUNG (28/2022)

Erscheinungsdatum: 20. Dezember 2022

Rat-Kompakt: Statements der Mitglieder der SPD-Ratsfraktion zu verschiedenen Themen aus der Ratssitzung vom 20. Dezember 2022

Hinweis: Diese Übersicht stellt nur eine Auswahl von O-Tönen aus der Ratssitzung und Positionierungen der SPD-Ratsfraktion dar. Für Rückfragen steht die SPD-Fraktionsgeschäftsstelle gerne unter den o.g. Kontaktdaten zu Verfügung.

TOP 4.1 Bewerbung als Tatort-Standort – Antrag der CDU-Fraktion (Vorlage 22-20137)

Dazu Christoph Bratmann, Vorsitzender der SPD-Fraktion:

„Der Antrag geht in die richtige Richtung: Er thematisiert die mediale Präsenz Braunschweigs beim NDR. Der ganze südöstliche Bereich Niedersachsens ist dort deutlich unterrepräsentiert. Im Gegensatz zu Hamburg und der Küste findet unsere Region kaum Erwähnung. Ein Tatort ist in der Regel auch ein gutes Marketing-Instrument, beispielsweise gibt es in Münster sogar Tatort-Führungen. Generell müssen wir uns überregional besser vermarkten, wozu auch eine Fernsehpräsenz gehört!“

TOP 16 Erweiterte Sichtbarmachung der Braunschweiger Wissenschafts- und Forschungslandschaft (Vorlage 22-20023)

Dazu Frank Flake, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion:

„Braunschweig ist *die* Stadt der Wissenschaft und Forschung! Dies sollte im Stadtbild stärker zum Ausdruck kommen und für die Braunschweigerinnen und Braunschweiger selbst, aber auch für Besucherinnen und Besucher greifbarer werden. Das vorliegende Konzept zur Sichtbarmachung der Forschungslandschaft zeichnet sich durch einen gelungenen Mix aus Gestaltungsmaßnahmen aus. Beispielsweise sieht es vor, direkt am Hauptbahnhof eine digitale Wissenschafts-Stele aufzustellen, die über die hohe Wissenschaftsdichte in Braunschweig informiert.“

TOP 19 Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) (Vorlage 22-19222)

Dazu Susanne Hahn, mobilitätspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion:

„Die neue Gebührenordnung soll zum 1. Mai 2023 in Kraft treten, was ein realistisches Ziel ist. Dies ermöglicht einen Zeitraum zur Umgewöhnung und zur Aufstellung der Parkautomaten. Bis dahin sollen die Bürgerinnen und Bürger umfassend informiert werden. Unterschiedliche Bedürfnisse sollen dabei weiterhin eine Rolle spielen: So sollen analoge und digitale Angebote wie beispielsweise das Handyparken gleichermaßen zugänglich sein. Generell sollten wir aber Mobilität nicht mehr nur vom Auto her denken – der ÖPNV wird immer attraktiver, beispielsweise durch das 49-Euro-Ticket, das nächstes Jahr eingeführt wird.“

TOP 21 Fahrzeug- und Infrastrukturkonzept für den Einsatz von 2,65 m breiten Fahrzeugen auf 1.100 mm Spurweite (Vorlage 22-19804)

Dazu Susanne Hahn, mobilitätspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion:

„Die geräumigeren Straßenbahn-Fahrzeuge enthalten mehr Sitzplätze und breitere Gänge. Dies steigert den Komfort und ermöglicht es, mehr Fahrgäste zu transportieren. Es ist eine sinnvolle Reaktion auf die bereits steigenden Fahrgastzahlen und macht die Nutzung der Straßenbahnen zusätzlich attraktiv. Die angenehmeren Fahrbedingungen bieten noch mehr Anreize für die Braunschweigerinnen und Braunschweiger, vom Auto auf den ÖPNV umzusteigen. Es ist ein zukunftsweisender Schritt in Richtung Verkehrswende!“

TOP 24.2 Braunschweiger Baulandmodell Gewerbe – Richtlinie zur bedarfsgerechten Entwicklung von Flächen für Gewerbe, Industrie und Forschungseinrichtungen – Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Vorlage 22-20096-03)

Dazu Christoph Bratmann, Vorsitzender der SPD-Fraktion:

„Wir benötigen mehr Handlungsoptionen für eine stärkere Steuerung der Stadtentwicklung, dies gilt auch für den Bereich des Gewerbes. Gewerbeflächen sind Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Dies hat zu tun mit dem Entwicklungspotenzial und dem Wohlstand einer Stadt. Deren Zukunftsfähigkeit ist davon abhängig, dass sie Arbeitsplätze vorhalten kann und attraktiv ist für Gewerbeansiedlung. Da Braunschweig flächenmäßig sehr begrenzt ist, müssen wir Bestandsgebiete weiterentwickeln und uns durch kluge Bodenvorratspolitik weitere Flächen sichern. Dabei müssen auch die Aspekte von Nachhaltigkeit und Klimaschutz berücksichtigt werden.“